

## Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung  
— Drucksachen 11/4033, 11/4738 —

Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung neuer Freihäfen und zur Änderung  
des Zollgesetzes

Bericht der Abgeordneten Roth (Gießen), Dr. Weng (Gerlingen), Dr. Struck und  
Frau Vennegerts

Der Gesetzentwurf sieht vor, Freihäfen in Deggendorf und Duisburg einzurichten, um praktische Erkenntnisse darüber zu gewinnen, ob Freihäfen, die es bislang nur in Seehäfen gibt, auch an Binnenwasserstraßen sinnvoll sein können.

Für den Bund entstehen durch die Errichtung je eines Zollamtes in den neuen Freihäfen Kosten in Höhe von etwa 3 Mio. DM je Zollamt. Die Ausgaben werden zu gegebener Zeit im Einzelplan 08 veranschlagt. Die zur Überwachung der Freihafengrenzen einzusetzenden Zollbeamten können ohne Personalvermehrung abgestellt werden. Für die zollsichere Herrichtung und Unterhaltung der Freihäfen entstehen dem Bund

keine Kosten, da dies den jeweiligen Betreibern obliegt.

Auf die öffentlichen Haushalte der Länder und Gemeinden hat der Gesetzentwurf keine Auswirkungen.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der Beschlußempfehlung des federführenden Finanzausschusses, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Bonn, den 31. Mai 1989

### Der Haushaltsausschuß

Walther

Vorsitzender

Roth (Gießen)

Berichterstatter

Dr. Weng (Gerlingen)

Dr. Struck

Frau Vennegerts

